



Sudetendeutsche Landsmannschaft, Hochstraße 8, 81669 München

An die Mitglieder
der Bundesversammlung

Der Präsident

Reinfried Vogler
Höhenstraße 43
61476 Kronberg/Ts
Tel. 06173 65644
Fax. 06173 321753

März 2021

Liebe Landsleute,

leider verhindern die Einschränkungen der Coronapandemie jegliche öffentlichen Veranstaltungen, mit denen an Ereignisse erinnert werden könnte, die entscheidende Wegmarken in der Geschichte unserer Volksgruppe darstellen. Dieses Schreiben soll dennoch an wesentliche Punkte erinnern:

In diesen Monaten vor nunmehr 75 Jahren begannen die ersten Vertreibungstransporte, mit denen in fast 2000 Viehwaggonzügen mit je rd. 1200 Personen die Deutschen aus den Sudetengebieten in das zerstörte Restdeutschland „transferiert“ wurden, entrechtet, gedemütigt und enteignet bis auf das Handgepäck von 20 bis 50 kg Gewicht. Nach dem Willen der Siegermächte, die diesem „Transfer“ in Potsdam, dem jahrelangen Drängen des Exilpräsidenten Beneš stattgebend, ihr Placet gegeben hatten, sollte diese „Überführung in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen“. Diesen Hinweis hielten die Alliierten für angebracht, da die sorgfältig geplanten, aber angeblich wilden Vertreibungen von etwa 750.000 Sudetendeutschen zu Kriegsende und unmittelbar danach, verbunden mit ihren Todesmärschen und unvorstellbaren Brutalitäten, zunehmend die Öffentlichkeit bewegten. Beneš wollte – wie in der Vergangenheit bewährt – früh vollendete Tatsachen schaffen.

Ein weiterer zentraler Gedenktag für uns ist der 4. März 1919, den wir normalerweise mit einer großen Anzahl von Gedenkveranstaltungen begehen. Er ist für uns deshalb so wichtig, weil er beweist, dass das „Sudetenproblem“ nicht erst 1938 oder 1933 entstanden ist, sondern in seinen Wurzeln mit dem Ersten Weltkrieg und vor allem mit den Regelungen der Pariser Vorortverträge zusammenhängt. Die Kriegshandlungen waren durch den Waffenstillstand seit Anfang November 1918 beendet, und die Friedensverhandlungen sollten Mitte Januar 1919 in Versailles beginnen. Alle Welt hatte damals die Hoffnung, dass auf der Basis der 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson – und dabei vor allem des Selbstbestimmungsrechtes - eine politische Neuordnung nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten in eine friedliche Zukunft führen würde.

Die Sudetendeutschen versuchten mit demokratischen Mitteln, ihr Selbstbestimmungsrecht damit zu untermauern, dass im Oktober 1918 ihre demokratisch gewählten Gebietskörperschaften mit überwältigender Mehrheit die weitere Zugehörigkeit der deutschen Siedlungsgebiete zu dem neuen Deutschösterreich beschlossen.

Die tschechische Politik versuchte demgegenüber Fakten zu schaffen, indem sie ab November 1918 die deutschen Siedlungsgebiete militärisch zu besetzen begann, also noch vor Beginn der Friedensverhandlungen – Wenzel Jaksch sprach von Annexion. Zwar regte sich an verschiedenen Orten Widerstand, der aber erfolglos bleiben musste, da die deutsche Seite über praktisch kein militärisches Potential verfügte, während die Tschechen 30 Regimenter einsetzen konnten, die auch über schwere Waffen verfügten. Innerhalb von knapp drei Monaten hatten die Tschechen das deutsche Siedlungsgebiet militärisch fest in ihrer Hand. Bei den zahlreichen örtlichen Widerstandsaktionen waren mindestens 17 Tote auf deutscher Seite zu beklagen. Militärische Unterstützung aus Österreich wurde durch die tschechische Drohung unterbunden, die lebensnotwendige Lieferung von Nahrungsmitteln und Kohle nach Österreich zu unterbinden.

Die mit einem Aufruf zum Generalstreik verbundenen Großdemonstrationen fast der gesamten sudetendeutschen Bevölkerung am 4. März 1919 waren getragen von „sämtliche(n) politischen Parteien des Sudetenlandes“, auf Initiative der Sozialdemokraten als der damals stärksten Partei. Der Anlass war das Zusammentreten der Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich an diesem Tage in Wien, an der auch Sudetendeutsche beteiligt sein wollten; sowie der „Protest gegen die gewaltsame Verhinderung der Wahlen in diesen rein deutschen Gebieten durch die Tschechen, aber auch als Massenkundgebung gegen die mit der Notenabstempelung verbundene Zurückhaltung der Hälfte alles Barvermögens durch den tschechoslowakischen Staat!“

Die Kundgebungen wurden fast zur selben Stunde und an mehreren Orten gleichzeitig von tschechischem Militär zerschlagen, wobei 54 Menschen den Tod fanden und 104 Menschen schwer verletzt wurden. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete am 6. März 1919 darüber: „Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte tschechischer Brutalität gegen die deutschböhmisches Demonstranten erwecken die größte Erbitterung.“ Weiter wurde ausgeführt, wie in verschiedenen Städten „das tschechoslowakische Militär mit Salvenfeuer und Bajonetten gegen die deutsche Bevölkerung gewütet hatte“. Der Bericht schließt: „Die tschechische Regierung irrt, wenn sie glaubt, den Widerstand der dreieinhalb Millionen Deutschböhmen mit terroristischen Mitteln unterdrücken zu können.“

Die im Januar 1919 begonnenen Friedensverhandlungen, an denen die Deutschen und Österreicher nicht zugelassen waren, wurden im Juni 1919 in Versailles mit Deutschland und im September 1919 mit Österreich beendet. Mit diesen Verträgen und später noch in Trianon und Sevres für Ungarn und das Osmanische Reich war formal der Erste Weltkrieg beendet. Der Friede war damit aber nicht gesichert.

In St. Germain konnte Beneš seine Forderungen zur Installation seines Nationalstaates fast vollständig durchsetzen. Es hat aber schon vor Abschluss der Verträge warnende Stimmen aus der Politik gegeben, wie beispielsweise von Prof. Coolidge aus der US-Delegation, der schon am 10. März 1919 formulierte: „Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit ... sondern auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll...“ Aufschlussreich ist auch, dass Präsident Wilson die Konferenz vorzeitig verließ und die USA die Friedensverträge nie ratifizierten, weil sie ihre Prinzipien nicht berücksichtigt fanden. Und auch nach Abschluss der Verträge gab es Stimmen, die zukünftigen Auseinandersetzungen über die getroffenen Regelungen bis hin zu einem neuen Krieg befürchteten.

Der tschechischen Exilgruppe um Masaryk und Beneš muss man zugestehen, dass sie konsequent ihre Politik der Zerschlagung der Habsburger Monarchie verfolgte,

wobei ihr zur Durchsetzung ihrer Ziele jedes Mittel recht war. Vor allem Beneš war von der Vision des rein tschechischen Nationalstaates so besessen, dass ihm die Festlegungen von St. Germain nicht genügten. Aus der Zeit um 1919/1920 gibt es eine Fülle öffentlicher Äußerungen wie beispielhaft die vom 19. Januar 1919 in der französischen Tageszeitung „Le Matin“: „...im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass eine sehr rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird.“ Entsprechend gestaltete sich in der Spanne von 1919 bis 1938 die tschechische Innenpolitik mit gesetzlichen Benachteiligungen der Deutschen bei den Themen Schulwesen, Sprachregelungen, Bodenreform und anderem mehr. Dass diese Politik der „Entgermanisierung“ zunehmend Widerstand hervorrufen würden, hatten manche Beobachter schon 1919 vorhergesagt. Es ist sicher keine Frage, dass es der Druck Hitlers war, der die Sudetenfrage Mitte 1938 zum Thema der Politik machte, mit friedensgefährdetem Charakter. Dass aber England und Frankreich die tschechische Regierung (sprich Beneš) gedrängt haben, der Abtretung der Sudetengebiete zuzustimmen, ist auch der Tatsache zuzuschreiben, dass sie überzeugt waren, 1918/19 von Beneš getäuscht worden zu sein und dass der in der CSR praktizierte Umgang mit der deutschen Minderheit beendet werden müsse. Der Abschlussbericht (21.9.1938) des britischen Lord Runciman, der als Vermittler und Beobachter im Sommer 1938 mehrere Wochen in den Sudetengebieten weilte, ist von einer schonungslosen Deutlichkeit und schließt mit der Empfehlung: „...dass diese Grenzgebiete unverzüglich von der Tschechoslowakei auf Deutschland übertragen werden sollten...“. Dass England und Frankreich in dieser Situation einen Krieg vermeiden wollten, lag vor allem in der Einschätzung, dass selbst bei einem Sieg der Alliierten die Grenzen der CSR von 1919 nicht wiederhergestellt werden könnten. Die weitere Entwicklung ist bekannt. Alle Handelnden – wohl außer Hitler – waren überzeugt, dass mit der erreichten Lösung ein 1919 gesetztes Unrecht beseitigt und damit der Friede in Mitteleuropa gesichert sei. Sie wurden von der Mehrheit ihrer Bürger entsprechend gefeiert, auch in Deutschland. Beneš trat am 5. Oktober 1938 zurück und ging am 22. Oktober ins Exil nach London. Es heißt, er nahm 14 Eisenbahnwaggons beweglichen Eigentums und einige Millionen Geld mit. Er begann dort mit aller Kraft, die kompromisslose Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg vorzubereiten.

Dass es Hitler letztlich nicht um die Rechte der Sudetendeutschen ging und er alle Beteiligten getäuscht und missbraucht hatte, wurde schon bald durch die Politik der Gleichschaltung und der Verfolgung der Juden und politisch Andersdenkender deutlich, und erst recht im Jahre 1939.

Es wäre zwar reizvoll, würde aber den Rahmen des heutigen Gedenkens weit überschreiten, die Zeitspanne zwischen dem 4. März 1919 und dem Beginn der „geordneten“ Vertreibung im Jahr 1946 im Detail zu beschreiben. Es ist auf jeden Fall eine Zeit der Höhen und Tiefen für beide Seiten und ein Beispiel, wie Ideologie, Machtmissbrauch und Missachtung der menschlichen Grundwerte sowie das Fehlen von Toleranz in die Katastrophe führen können.

Die Rechnung Benešs ist letztlich nicht aufgegangen: Zwar erreichte er die Vertreibung der Sudetendeutschen, dafür verlor aber die CSR ihre Freiheit und Unabhängigkeit und wurde 1948 ein Satellit der Sowjetunion, der bis 1989 hinter dem Eisernen Vorhang verschwand – es war der Preis, den Beneš für die Zustimmung zur Vertreibung zahlte. Das Land leidet heute noch an den Folgen der Vertreibung, und die Tschechoslowakische Republik ist 1992 durch die Abspaltung der Slowakei auseinandergebrochen. Und die sudetendeutsche Volksgruppe ist zwar vertrieben, aber nicht verschwunden.

Mit dem Wiesbadener Abkommen, an dessen Abschluss vor 70 Jahren wir im vergangenen Jahr mit einer Broschüre erinnert haben, haben wir zusammen mit tschechischen Exilpolitikern ein Konzept erarbeitet, wie gemeinsam die


Vergangenheit aufgearbeitet und eine Lösung für eine friedliche Zukunft in Europa gefunden werden kann. Was damals eine Utopie war, ist heute zum Teil schon Realität, im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis aber immer noch in einer fernen Zukunft. Zwar gibt es eine Fülle von Kontakten auf den verschiedensten Ebenen, aber die offizielle tschechische Politik tut sich immer noch schwer mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte. Benesch und seine Politik gelten immer noch als unantastbar, und ein Teil seiner Dekrete dient immer noch als Grundlage für Gerichtsentscheidungen aller Instanzen. Hoffnung macht, dass in der jüngeren Generation Tschechiens das Interesse an der jüngeren Geschichte groß ist, dass die Medien sich zunehmend mit dem Thema befassen und dass die konkrete offizielle Aufarbeitung der Vergangenheit in einer Reihe von Vertreiberstaaten gezeigt hat, dass eine solche offene Politik des Dialoges sich zum Vorteil aller Beteiligten auswirkt.

Corona hat uns zu neuen Wegen der Zusammenarbeit gebracht, manches davon kann sinnvoll auch in der Zukunft genutzt werden. Entscheidend wird aber nach Corona wieder der persönliche Kontakt auf allen Ebenen sein. Nutzen wir ihn wieder zur Stärkung des Zusammenhaltes unserer Volksgruppe einschließlich der in unserer Heimat verbliebenen Minderheit, nutzen wir ihn zur Stärkung des Dialoges mit unseren tschechischen Nachbarn und um uns selbst die alte Heimat lebendig zu erhalten und nutzen wir ihn, um Freunde und Verbündete zu gewinnen und zu pflegen.

Jede Gesellschaft lebt in und von ihren Grundwerten und ihren Idealen, und sie lebt so lange, wie sich ihre Mitglieder dafür einsetzen. Stehen wir also zusammen, um in einer möglichst großen Gemeinschaft für unsere Überzeugungen zu kämpfen. Ich bin zuversichtlich, dass wir nach Überwindung der derzeitigen Einschränkungen mit neuer Kraft fruchtbar und zukunftsorientiert weiter erfolgreich zusammenarbeiten werden.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr herzlich und in landsmannschaftlicher Verbundenheit – bleiben Sie gesund!

Ihr



Reinfried Vogler

Neueste Nachricht: Nach Mitteilung des Registergerichts in München ist die neue Satzung eingetragen.